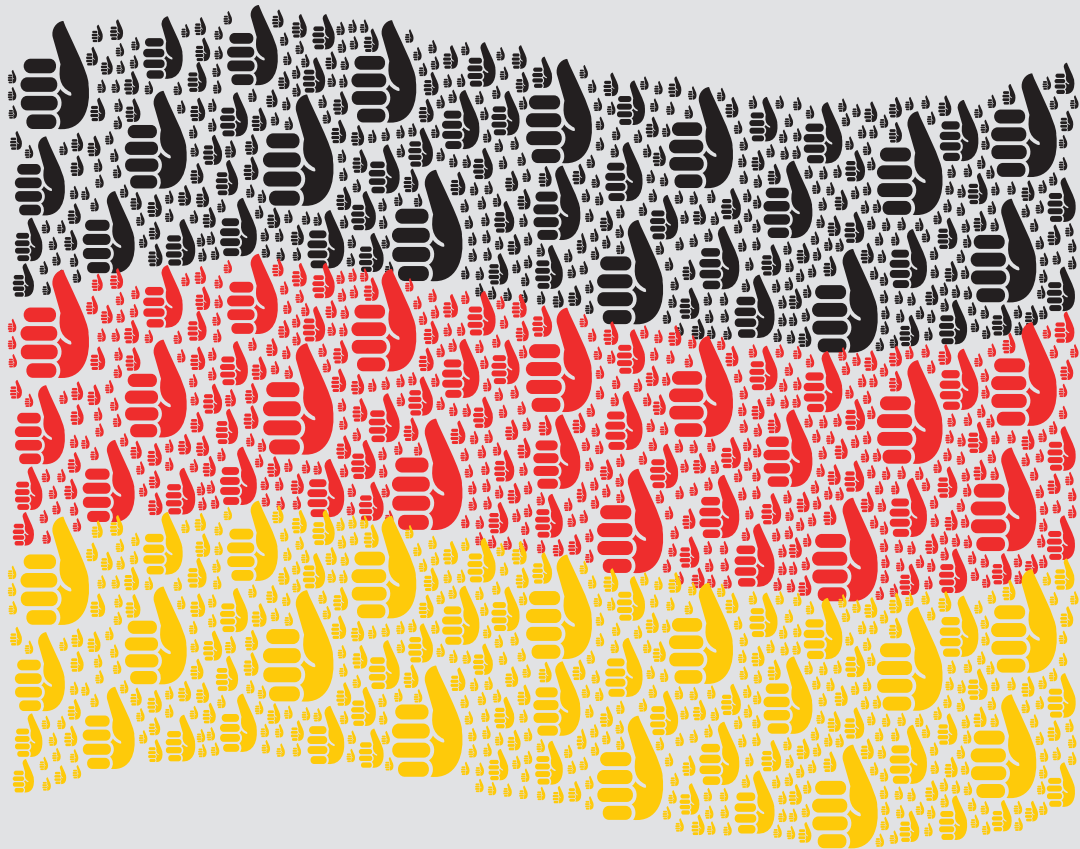


# **VERLÄSSLICHE WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR DAS HANDWERK**



**Unsere Stärke - eure Zukunft**

## **D**as Handwerk ist ein entscheidender Motor der deutschen Wirtschaft und ein Garant für Qualität und Vielfalt in vielen Branchen.

Unsere Handwerksbetriebe sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Sie sind Versorger, Ausbilder, Arbeitgeber und Ausrichter der Energiewende. Allerdings wird es für die Betriebe immer schwieriger, diese wichtigen Aufgaben entsprechend wahrzunehmen. Bürokratische Hemmnisse und gesetzliche Hürden verhindern, dass die Betriebe sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.

Der Nachwuchs- und Fachkräftemangel bremst die Betriebe weiter aus. Die konjunkturelle Lage, gestiegene Rohstoffpreise, eine teurere und zudem unsichere Energieversorgung sowie eine sich weiter zuspitzende Krise am Bau erhöhen den Druck zusätzlich. Zudem fehlt es an der so essentiellen Planungs- und Rechtssicherheit sowie an der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Das alles hat zur Folge, dass Investitionen, die für die Zukunft der Betriebe und die Zukunft eines leistungsfähigen Staates jetzt so dringend nötig wären, aktuell zurückgestellt werden. Vor dem Hintergrund der großen Transformationsaufgaben unseres Landes im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Energiewende stellt dies eine besorgniserregende Entwicklung dar.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bedürfnisse und Anliegen des Handwerks in der aktuellen Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen und gemeinsam an einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur zu arbeiten. Der Fokus der Bundesregierung muss dringend gelegt werden auf Zukunftsinvestitionen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts! Dazu müssen endlich entsprechende Impulse im Hinblick auf das Handwerk gesetzt werden.

**Wir fordern die Bundesregierung daher dringend dazu auf, verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaffen und endlich mit Entlastungen für unsere Betriebe ernst zu machen!**

*Das gemeinsame Ziel muss heißen:  
Wirtschaftsstandort stärken und gemeinsam  
Transformation gestalten!*

## **1. Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung**

Die Belastungsintensität hat im Handwerk ein kritisches Niveau erreicht. Überregulierung, unverständliche Vorschriften und unverhältnismäßige Maßgaben binden betriebliche Ressourcen und hemmen Entwicklungspotentiale. Betriebsinhaberinnen und -inhaber sind zunehmend frustriert. Junge Menschen scheuen zudem immer öfter wegen der bürokratischen Anforderungen den Gang in die Selbständigkeit.

Die Bundesregierung muss die Belastungen für das Handwerk durch übermäßige Regulierung, Dokumentationspflichten und Genehmigungsverfahren nach vielen Anläufen nun endlich spürbar und überprüfbar reduzieren. Dabei soll sie sich an den Empfehlungen des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) orientieren, der 62 konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau gemacht hat.

## **2. Fachkräftesicherung und Qualifizierung**

Auch wenn Handwerksbetriebe einen Großteil Ihres Fachkräftebedarfs durch berufliche Aus- und Fortbildung decken, kann und muss seitens der Arbeitsmarktpolitik der Transformationsprozess dahingehend unterstützt werden, dass offene Arbeitsplätze möglichst zeitnah durch verfügbare Fachkräfte besetzt werden können. Denn die Rekrutierungsschwierigkeiten der Handwerksbetriebe haben sich in den letzten zehn Jahren verschärft. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf den demografischen Wandel und ein sich zunehmend veränderndes Bildungswahlverhalten einschließlich einer steigenden Studierneigung.

Die Bundesregierung muss gemeinsam mit dem Handwerk die Attraktivität und die Zukunftsfähigkeit des Handwerks als Arbeitgeber und Ausbilder fördern, indem sie die duale Berufsausbildung stärkt, die Meisterqualifikation unterstützt, die berufliche Weiterbildung deutlich ausbaut und die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften erheblich erleichtert. Dabei soll sie die Bedarfe und die Vielfalt des Handwerks auch mit zielgerichteten Förderprogrammen berücksichtigen.

## **3. Planungssicherheit und Rechtssetzung**

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass für nach geltendem Recht getätigte Investitionen in Produktionsanlagen, Gebäude und Flotten Vertrauensschutz gilt – und zwar mindestens während der üblichen Lebenszyklen. Zudem müssen energie- und klimapolitisch notwendige Anpassungen fördertechisch flankiert werden.

## **4. Unterstützung der Bauwirtschaft**

Die Bundesregierung muss das 14-Punkte-Programm der Bauwirtschaft umgehend und konsequent umsetzen. Diese Maßnahmen sind von großer Bedeutung, um die Bauindustrie zu beleben, Arbeitsplätze zu schaffen und die Infrastruktur unseres Landes zu verbessern. Die Umsetzung dieser Punkte würde nicht nur die Baukonjunktur ankurbeln, sondern auch zur wirtschaftlichen Erholung unseres Landes beitragen.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, diese Maßnahmen mit Hochdruck voranzutreiben und so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unseres Landes zu leisten.

## **5. Investitionsförderung**

Die Bundesregierung muss die Investitionsbereitschaft und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Handwerks stärken, indem sie verlässliche Anreize für klimafreundliche, digitale und innovative Investitionen schafft. Dazu soll sie das Wachstumschancen-Gesetz wie geplant umsetzen. Das Handwerk braucht hier Rückenwind und keinen Gegenwind. Die Ankündigung von Unterstützung und Entlastung, die am Ende nicht gehalten wird, sorgt für Verunsicherung, Zurückhaltung und am Ende für einen Vertrauensverlust.

## **6. Digitalisierung und Innovation**

Die Bundesregierung muss flankierend zu den Aktivitäten des Handwerks die digitale Transformation vorantreiben, indem sie den flächendeckenden Ausbau von schnellen und sicheren Breitband- und Mobilfunknetzen beschleunigt, die digitale Kompetenz und Infrastruktur des Handwerks fördert, die digitale Verwaltung und Kommunikation vereinfacht und die digitale Souveränität und Sicherheit des Handwerks schützt. Dabei soll sie die besonderen Chancen und die Herausforderungen der Digitalisierung für das Handwerk berücksichtigen und zielgerichtet mit Fördervorhaben begleiten.

## **7. Energiepreise**

Damit die Handwerksbetriebe wettbewerbsfähig bleiben, sind sie auf dauerhaft bezahlbare Energiepreise angewiesen. Einseitige Privilegierungen bei den Energiekosten verbieten sich, sie sind kontraproduktiv und wettbewerbsverzerrend. Vielmehr braucht es ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das alle Dimensionen mitdenkt und die Dynamik des Marktes wirken lässt.

Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um die Energiekosten für das Handwerk zu senken und sicherzustellen, dass Handwerksbetriebe in der Energiepreisgestaltung genauso behandelt werden wie Industrieunternehmen. Eine Erleichterung der Energiekosten für Handwerksbetriebe ist von entscheidender Bedeutung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und nachhaltige Geschäftsmodelle zu fördern.

## **8. Klimaschutz und Energieeffizienz**

Die Bundesregierung muss praxisnahe klimapolitische Ziele und realistisch umsetzbare Maßnahmen formulieren. Die klimafreundliche Umstellung des Handwerks durch den Einsatz ressourceneffizienter Technologien und Verfahren muss mit Förderprogrammen unterstützt werden.

## **9. Steuerliche Entlastung**

Die Bundesregierung muss eine gezielte Steuerentlastung und verbesserte Abschreibungsbedingungen schaffen, um damit die finanzielle Belastung für das Handwerk zu reduzieren. Unnötige Bürokratiekosten, die die Preiskalkulation nach oben treiben, müssen abgeschafft werden. Eine Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und die Reduzierung administrativer Hürden sind notwendig, um die Kosten im Zusammenhang mit bürokratischen Aufgaben zu vermeiden.

## **10. Schwarzarbeit bekämpfen**

Das Thema Schwarzarbeit kostet unsere Betriebe und den Staat jährlich hohe Summen. In den vergangenen Jahren haben der Zoll und die Kommunen und die Kammern Ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, dabei meinen wir auch explizit die handwerkrechtsrechtliche Schwarzarbeit nicht gerade verstärkt. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch vor allem im Bereich der körpernahen Dienstleistungen ist Schwarzarbeit weiterverbreitet. Das Handwerk fordert hierzu eine neue Strategie. Hierzu bedarf es einer klaren Abstimmung der Zuständigkeiten und Pflichten der einzelnen Akteure. Der Datenschutz muss, sollte er tatsächlich den Anstrengungen im Weg stehen, entsprechend angepasst werden.